

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 6 (1926-1927)
Heft: 1

Artikel: Die Entvölkerung unserer Hochgebirgstäler
Autor: Oechslin, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-156096>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nügend solide war. Zwei Dinge waren es, die einen Erfolg von allem Anfang an zweifelhaft erscheinen ließen: Die Einbeziehung der Frage nach der Teilnahme Rußlands an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz auf Schweizerboden und die Belastung der Verhandlungsbasis mit der Worowski-Angelegenheit, die bekanntlich zu einer politischen Marktware gestempelt worden ist. Der erste Punkt erledigt sich durch die Entscheidung des Völkerbundsrates von selbst, und der zweite wird — einmal aus der Reihe der Kompensationsobjekte herausgehoben — unter vorbehaltloser Anerkennung der schweizerischen Justizhoheit nicht allzu schwer zu behandeln sein. Empfehlenswert wäre unter allen Umständen eine direkte Fühlungnahme der beiderseitigen Regierungen — etwa über die schweizerische Gesandtschaft in Berlin. Es gibt keinen Grund gegen eine solche, sie verdient entschieden den Vorzug, weil dabei eine Vereinigung des Verhandlungsstoffes viel leichter erfolgen kann und die Gefahr vermieden bleibt, daß eine Verquickung mit anderen Problemen zu befürchten ist. Die grundsätzliche Zustimmung zur Wiederaufnahme normaler Beziehungen liegt vor, die Mittel und Wege dazu werden zu finden sein!

Die Entvölkerung unserer Hochgebirgstäler.

Von Max Dehslin, Altdorf.

In der Dezembersession 1917 des Nationalrates reichte Nationalrat Schär von Langnau im Emmental mit 14 Mitunterzeichnern ein Postulat ein mit dem Inhalte: „Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und innert nützlicher Frist darüber Bericht zu erstatten, ob nicht Maßnahmen getroffen werden könnten, um der drohenden Entvölkerung unserer Berg- und Landgemeinden, insbesondere der Gefahr einer allzustarken Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach Beendigung des Weltkrieges zu steuern.“ Bundesrat Schulthess nahm damals die wohlbegründete Eingabe zur Prüfung entgegen, und das schweizerische Bauernsekretariat hat im April 1919 auf bundesrätliches Verlangen hin ein einläßliches Gutachten zur Frage ausgearbeitet (Maßnahmen zur Bekämpfung der Entvölkerung der Berg- und Landgemeinden. Gutachten zum Postulat Schär. Brugg, 1919). Seither wurde in unseren Räten viel für und gegen diese Angelegenheit gesprochen, denn es gibt seltsamerweise auch Gegner dieser Sache. Und doch sollte man glauben, daß das gesamte Schweizervolk die wahre Schwere dieser Frage erkannt habe; denn es geht um weit mehr als nur um die Erhaltung der Hochgebirgsbevölkerung und vollwertigen Landbevölkerung. Es geht dabei auch um die Erhaltung eines der wichtigsten Glieder unserer Schweizerart!

Nationalrat Seiler, Wallis, griff im Parlamente die Frage erneut auf und trat für einen vermehrten Straßenbau mit weitgehender Unter-

stützung von Seiten des Bundes ein, um die Wegsame in die entlegenen Alpentäler hinein zu fördern und zu erleichtern; Nationalrat Baumberger griff vor Jahresfrist desgleichen die Lebensfrage der Hochtälerbewohner auf — und doch scheint diese wichtige schweizerische Angelegenheit beim Programmpunkt der Prüfung angehalten zu sein. Wenigstens haben wir in den Gebirgskantonen bisher noch keine Erleichterung in dieser Sache erhalten; denn die nun fließenden erhöhten Bundesbeiträge an die bestehenden Alpenstraßen bringen keine oder nur geringe Förderung im Gebirgsstraßenbau, werden sie doch fast überall durch die heute infolge des Automobilverkehrs vermehrten Unterhaltskosten vollständig aufgebraucht.

Die Auswanderungsziffern und vor allem auch die Ergebnisse der Volkszählungen zeigen deutlich, daß einerseits die Landflucht und andererseits vor allem die Entvölkerung der Hochgebirgstäler angehalten hat, während im Gegensatz dazu die städtische Bevölkerung eine starke Zunahme erlitt. Allerdings zeigt sich diese Bewegung nicht nur in der Schweiz, sondern auch in andern europäischen und außereuropäischen Staaten; aber wohl in keinem Lande wird dies so merkbar werden wie bei uns, dem Land der zweiundzwanzig Kantone, indem sich die Scheidung Stadtbezirk und Landgebiet wieder mehr und mehr zeigt, in vielen Fragen sogar in Mittelland und Gebirge ernstlich geschieden.

Im oben erwähnten Gutachten wird der Durchschnitt des prozentualen Anteils der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in 21 beobachteten Staaten anno 1880 mit 60,3 %, anno 1900 mit 50,7 % angegeben. Die absolute Zunahme der Wohnbevölkerung betrug im Gesamten 286 ‰, für die städtischen Gemeinden allein 596 ‰ und für die ländlichen Gemeinden dagegen nur 82 ‰. In der Schweiz nahm die ländliche Bevölkerung in den Jahren 1880 bis 1900 relativ um 4,5 ‰ zu, die städtische Bevölkerung dagegen um 29,0 ‰. Die städtische Bevölkerung ist rascher angewachsen als die ländliche, und gerade die jüngsten politischen Ereignisse zeigen deutlich, daß ein Mißverhältnis zwischen Stadt und Landschaft sich bei dieser Bevölkerungsentwicklung herauszuschälen beginnt, ergibt doch unsere Volkszählung von 1920, daß der Anteil der ländlichen Bevölkerung wenig mehr über 40 % der Gesamtbevölkerung beträgt.

Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Volkszählung von 1910 ergibt sich in den städtischen und vorwiegend gewerblichen Bezirken eine durchschnittliche jährliche Zunahme der Wohnbevölkerung von 11 bis 22 ‰ für die Periode 1900 bis 1910, in den landwirtschaftlichen Gebieten aber nur von 6 ‰. Während erstere ein bedeutendes Wachstum aufwiesen, blieb die Bevölkerung in den vorwiegend landwirtschaftlichen Gegenden ziemlich stabil. Eine große Zahl von Gebirgsgebieten weist aber einen Rückgang in der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf, was zu ernststen Gedanken Anlaß gibt. So zeigen der Bezirk Entremont (Savoyen) einen Rückgang von 64,6 ‰, Goms 67,4 ‰, Ober-Simmental 67,8 ‰, Uri 68,6 ‰, Heizenberg (Thuzis) 80,4 ‰, Oberhasle 100,8 ‰, Blenio 132,8 ‰, Hinterrhein 182,2 ‰, Vallemaggia 252,8 ‰ und

Leventina 344,1‰. Wohl gibt es zahlreiche Gebirgstäler mit zunehmender Bevölkerung, da wo die Hotelzentren und Fremdenkurorte sich befinden (aber kaum Schweizerart gefördert wird); die Hochgebirgstäler Graubündens, des Tessins und Uri weisen aber fast durchgehend eine Entvölkerung auf. Von 1860 bis 1910 zeigte die Gemeinde Hospental in Urseren-Uri eine Bevölkerungsabnahme von 34 %, die vor allem auf die land- und alpwirtschaftlich tätigen Einwohner entfällt, und von 1910 bis 1920 von weitem 9,3 %. Die Gemeinde Riemenstalden wies in den Jahren 1860 bis 1910 ebenfalls eine Bevölkerungsabnahme von 32 % auf, ausschließlich Alpwirte, und Orselina von 63 %, während Wergenstein im bündnerischen Schams das Maximum der Bevölkerungsabnahme mit 65 % erreichte.

Hans Bernhards eingehende Studie über die „Innenkolonisation im Kanton Zürich“ zeigt deutlich, wie die Städtegebiete Zürich, Winterthur und Baden eine Bevölkerungszunahme von über 200 % (Zürich 322 %, Winterthur 287 %) in den letzten Jahrzehnten erfuhren, die landwirtschaftlichen Kantonsteile aber eine merkliche Entvölkerung erlitten, im allgemeinen um so größer, je mehr wir uns dem gebirgigen Zürcher-oberland nähern. So ging die Einwohnerzahl der Gemeinde Sternenberg von 1101 Einwohnern im Jahre 1860 auf 612 im Jahre 1910 zurück, was eine Abnahme von 44 % ergibt.

Berufswechsel und Abwanderung nach der Stadt und in die fernen Erdteile — Amerika — sind die Ursache der Entvölkerung der Gebirgstäler, wobei die landwirtschaftliche Bevölkerung fürs erste leidet und mehr Leute verliert, als die andern auf dem Lande wohnenden Berufsarten. Eine merkliche Ausnahme machten der Kanton Wallis und der Kanton Freiburg, in denen die landwirtschaftliche Bevölkerung in allen Bezirken eine Vermehrung erfuhr.

Nach den Zusammenstellungen des Gutachtens des Bauernsekretariates ergeben nachgenannte Gebirgsgebiete eine besonders starke Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung:

| | |
|-------------|-----------|
| Riviera | um 332,3‰ |
| Leventina | „ 323,2 „ |
| Blenio | „ 299,6 „ |
| Ballemaggia | „ 229,1 „ |
| Hinterrhein | „ 291,3 „ |
| Plessur | „ 283,0 „ |
| Moesa | „ 244,5 „ |
| Imboden | „ 232,6 „ |
| Heinzenberg | „ 232,1 „ |
| Oberhasle | „ 244,0 „ |
| Interlaken | „ 227,9 „ |
| Uri | „ 215,5 „ |

Gerade das Beispiel Interlaken zeigt, wie selbst bei einer Bevölkerungszunahme (1880: 24,944 und 1910: 30,143 Einwohner) die Zahl landwirtschaftlich beschäftigter Personen und ihrer Angehörigen stark zurückgehen kann, wie ländliche Gemeindebezirke sich vollständig zu einem

gewerblichen und industriellen Bezirk umstellen. Die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung nahm um 7581 Personen zu, d. h. um 523 ‰, die landwirtschaftliche dagegen um 2382 ab, um 227,9 ‰.

Diese Zahlen und vor allem das Ergebnis, daß die indirekten Zugehörigen der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die Tagelöhner und Dienstboten, einen Gesamtverlust von 134,095 Personen in den Jahren 1880 bis 1910 aufweisen, sagen uns, daß sich die Landwirtschaft wohl selbständiger gemacht hat, daß sich aber Tausende von Personen, die von der Hand in den Mund leben, städtischen Bezirken zuwandten und der Landwirtschaft die nötigen Hilfskräfte vielfach verloren gingen. Die durchschnittlich schlechteren Lohnverhältnisse und längere Arbeitszeit haben einerseits die Hilfskräfte weggehalten, während andererseits die städtischen Verhältnisse ihnen vielfach Gelegenheit zum rascheren Vorwärtkommen, zur Heirat und zu Vergnügen geben. „Das städtische Zusammenwohnen und die kürzere Arbeitszeit begünstigen die Befriedigung des menschlichen Hanges nach Unterhaltung und Kurzweil und sind deshalb oft mitbestimmend für den Berufswechsel. In der Stadt wird der Arbeiter auch weniger durch seine Umgebung „kontrolliert“ und kann sich ungebundener bewegen als auf dem Lande, wo ihn jedermann kennt.“

Der Umstand, daß die Flucht nach der Stadt besonders die landwirtschaftlichen Hilfskräfte trifft und daß „der mit eigenen Leuten arbeitende bäuerliche Betrieb sich gegenüber der Landflucht als am widerstandsfähigsten erwiesen“ hat, ließ anfänglich hoffen, daß doch eine bestimmte Grenze der Abwanderung schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreicht gewesen sei. Allein: gerade die bäuerliche Bevölkerung der Hochgebirgstäler bot fortgesetzt eine weitere Abnahme, die auch die selbständigen Landwirte ergriff.

Da sind zwei Ursachen vorhanden. Einmal die nicht leugbare Sucht nach „bequemem Leben“, die auch in die entlegensten Bergtäler hineindringt: rasch Geld verdienen können — das im Grunde genommen doch ebenso rasch wieder weggeht. Und sodann die „verindustrialisierte Landwirtschaft“ des Mittellandes und der Ebenen, wenn ich so sagen darf, die nicht nur eine verbilligte, sondern auch eine erhöhte Produktion landwirtschaftlicher Produkte mit sich brachte, sodaß die Landwirtschaft der Gebirgstäler nicht mehr konkurrenzfähig bleiben konnte, sobald ihr Verkehrswege für den Abtransport der Produkte und den Zutransport der Hilfsmittel, wie Düngstoffe, Stroh u., fehlen. Dadurch ergab sich eine verhältnismäßig rasche Abnahme in der Haltung und Bearbeitung landwirtschaftlichen Bodens. Das vom Schienenstrang und der Automobilstraße durchzogene Haupttal bezieht seine Nahrungsmittel und Rohstoffe billig und rasch aus den entferntesten Gebieten gesteigerter Produktion, während im nächstgelegenen Hochgebirgs-Seitentale die mühsam aufrecht gehaltene Produktion gerade noch für den Selbstverbrauch verwendet werden muß. Die kinderreichen Bergfamilien brachten mehr und mehr beim Selbständigwerden der Kinder ein Aufteilen der vorhandenen Güter, deren Zahl kaum vermehrt werden kann, da im Gebirge der fruchtbare Boden eben doch begrenzt ist und Waldrodungen heute eine

Gefährdung des vorhandenen offenen Landes bringen würden; die neuen Familien wurden ebenfalls kinderreich, haben aber entschieden heute einen bedeutend schwereren Existenzkampf, als die Väter vor fünfzig und mehr Jahren, denn auch im entlegenen Gebirgstal ist der soziale Kampf ums Dasein laut geworden und zwingt einem jeden Menschen Pflichten auf, an die man vor Jahrzehnten nie dachte. Das Auswandern wird die Folge. Ich kenne zahlreiche Familien, in denen mehr als die Hälfte der Kinder in den letzten Jahren überseeisch ausgewandert sind, weil zu Hause im Bergtal einfach kein Platz für sie da war.

Und doch: gerade dieser Platzmangel ist nur beschränkt wahr. Deshalb: weil in den letzten Jahrzehnten infolge der verminderten Konkurrenzfähigkeit landwirtschaftlicher Boden brach liegen gelassen wurde und verwilderte und heute nicht mehr benützt werden kann, wenn nicht umfassende Meliorationsarbeiten wie Reuten, Schönen, Düngen, Entwässern, Stall- und Hausbauten, Errichten von Wegen zc. vorgenommen werden. In den urnerischen Bergtälern haben in den letzten Jahrzehnten Duzende von Alpgebieten einen derartigen Rückgang erlitten, daß sie heute mit Großvieh nicht mehr bestoßen werden können und nur noch der Schaf- und Ziegenweide offen stehen; in allen Seitentälern sind Beispiele vorhanden, wo Bergheimwesen, die in den 80er Jahren noch bewohnt waren, verlassen wurden und zerfielen, weil ihre Haltung sich nicht mehr lohnte.

Da wird man nun vielfach dem Antrag Seiler und anderer folgend den Schluß ziehen, daß man durch den Bau von Gebirgsstraßen, Güter- und Alpwegen, die Talschaften dem Verkehr und der Konkurrenzfähigkeit öffnen muß, um neuen Impuls in diese Täler zu bringen. Allein, gerade hier heißt es vorsichtig sein. Denn der Straßenbau von Goppenstein bis Rippel im sonnigen Lötschental, der den Lötschentalern trotz den 50 % erreichenden Subventionen eine Schuldenlast von 300,000 Fr. aufbürdete, der vor fünfzehn Jahren begonnene Straßenbau ins Maderanertal, der noch heute mit 200,000 Fr. auf den Bürgern der Gemeinde Silenen lastet, und der Güterwegbau auf Gurtneisenberg, der den Einwohnern eine Schuldenlast von 240,000 Fr. zurückläßt, bei einer wohnhaften Bevölkerung von 1623 Personen, von denen etwa 500 auf das Straßengebiet entfallen, bringen neue Lasten mit sich, die solchen Berggemeinden keine Erleichterung geben und eine Konkurrenzfähigkeit auf dem Gebiet der Land- und Alpwirtschaft auf Jahrzehnte hinaus unmöglich machen. Zudem kommen zu diesen Neubauten Unterhaltskosten, die alljährlich Tausende von Franken erfordern und meistens von den betreffenden Gemeinden oder Anstößern allein getragen werden müssen; ich erinnere nur an den Straßenbau ins Tal von Riemenstalden!

Es ist demnach notwendig, daß solche Straßenbauten in die Hochgebirgstäler hinein, wobei ich vor allem an einfache Güterwege und nicht an Automobilstraßen denke, weil letztere viel zu teuer sind, nicht nur mit Subventionen von Seiten des Bundes und der Kantone erstellt werden, die heute in den meisten Fällen höchstens 40 % der reinen Baukosten betragen, sondern überhaupt von Bund und Kanton, das heißt

von der Gemeinschaft des Schweizervolkes übernommen werden, und daß die direkt beteiligten Gemeinden Beiträge in Geld oder Arbeit leisten. Nur so können solche Wegbauten Frische und eine frohe Zukunft bringen.

Und dann, was ich noch weit wichtiger finde, das ist die Zusammenarbeit in der geistigen und moralischen Unterstützung unserer Hochgebirgsbevölkerung. Wir müssen sie in den Errungenschaften der heutigen Land- und Alpwirtschaft aufklären, müssen ihnen das Warum und Wozu einer Alpwverbesserung beibringen und müssen, wenn notwendig, aus eigenen Stücken Beispiele guter Alpwirtschaft geben. Es geht nicht an, daß wir auf der einen Seite moderne Verkehrswege schaffen, auf der andern Seite aber noch fensterlose Viehställe mit Waldstreuegelege dulden, Jauche- und Düngerentleerung in den nächsten Bach, offene Feuerungen in allen Alphütten und Käsereien, unrationelle Zeiteinteilung und Arbeit in so zahllosen Dingen der Land- und Alpwirtschaft, die jedes Schritthalten mit den fortschrittlichen Nachbargebieten verhindert. Es gilt auch die hygienischen und sanitären Verhältnisse in den Wohngebäuden dieser Bergbevölkerung zu verbessern, denn gerade hier zeigen sich noch die unglaublichsten Dinge!

Wir brauchen demnach mehr als einen Bundesbeschluß, wollen wir gegen die Entvölkerung der Hochgebirgstäler eintreten. Wir müssen vor allem als Volk zusammenstehen und gemeinsam für unsere Hochgebirgsbewohner arbeiten, als Glieder einer Gemeinschaft von Brüdern und Schwestern. Denn noch einmal: Es geht um weit mehr, als nur um die Erhaltung der Zahl unserer Bergbewohner! Es geht um die Erhaltung unserer Schweizerart!

Conrad Ferdinand Meyer und die Politik.

Von Hans Honegger.

Bisher war es üblich zu sagen, C. F. Meyer sei ein Hauptvertreter des historischen Romans im deutschen Schrifttum. Mit weit höherem Recht kann man behaupten, in Meyer habe der politische Roman einen besonders gediegenen und glanzvollen Ausdruck gefunden!

Politik ist lebendige Geschichte; Geschichte ist erstarrete, verkrustete Politik; sie ist bloß der Niederschlag dessen, was einst brennende, packende politische Wirklichkeit war. Politik ist zunächst und vor allem eine Angelegenheit des Willens, des machtvollen Gestaltenwollens; Geschichte aber ist etwas, das hinter uns liegt; ist lediglich eine Angelegenheit der Betrachtung. Politik bewegt sich im Reich der Freiheit, im Reich der Möglichkeiten, im Reich der Ungewißheiten. Geschichte aber ist Schicksal, ist Notwendigkeit, ist Zwang. Politik und Geschichte sind zwei ganz verschiedene Welten...

Nun kann man zweifellos Geschichte auch politisch betrachten; ihr Gegenwartsinn und Gegenwartsbedeutung verleihen. Ein Mensch,